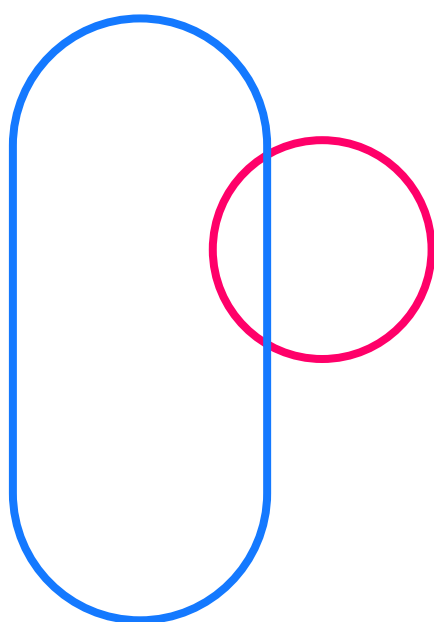
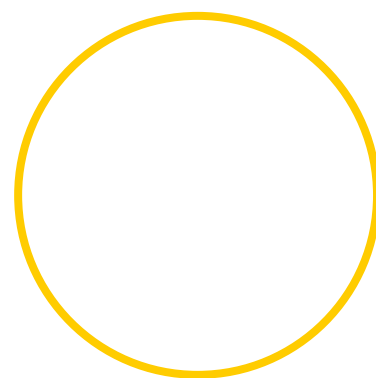


Werte und Ansprüche des Kinderschutzes bei Werbung der Bundeswehr wahren!

Beschluss der
47. Vollversammlung am 11.11.2023



Kurz gesagt

Werbung begegnet uns in ihren vielfältigen Formen an jedem Tag in unserem Leben. Ihr Inhalt ist so vielfältig wie ihre Form. Sie verfolgt den Zweck, Aufmerksamkeit zu erzeugen, Menschen von etwas zu überzeugen, auch zu provozieren oder zum Nachdenken anzuregen.

Sie dient dabei zur Platzierung von Produkten, Empfehlungen oder Informationen. Hierbei gilt der Werbekodex des Deutschen Werberates, der beispielsweise festschreibt, dass Werbung das Vertrauen der Verbraucher*innen nicht missbrauchen und mangelnde Erfahrung oder fehlendes Wissen nicht ausnutzen darf.

Werte und Ansprüche des Kinderschutzes bei Werbung der Bundeswehr wahren!

Es obliegt den Unternehmen, verantwortlich mit der Macht ihrer Werbung umzugehen. Gerade Kinder und Jugendliche sind besonders gefährdet, durch gezielte Werbung für eine Seite vereinnahmt zu werden. Sie davor zu schützen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe!

Wir nehmen wahr, dass die Bundeswehr eine sehr große multimediale und aufmerksamkeitswirksame Werbekampagne bespielt und für ihre Nachwuchsarbeit nutzt. Dieses Vorgehen unterscheidet sie nicht von anderen Arbeitgeber*innen, die große Öffentlichkeitsarbeit betreiben. Dennoch gerät die Bundeswehr immer wieder in die Kritik bei der Ausgestaltung ihrer Kampagnen. Exemplarisch hierfür stehen videospiegelinspirierte Plakate und Aktionen, die im öffentlichen Raum gezeigt werden. Diese Art der Werbung vermittelt ein Bild der Bundeswehr, das die Gefahren der Arbeit ausschließt und in einen spielerischen Kontext setzt. In ihren gefährlichen Einsätzen sind die Soldat*innen großen Gefahren ausgesetzt, die für sie teils traumatische Folgen haben können.

Auf diese Gefahren gilt es im Sinne der Kinder und Jugendlichen hinzuweisen!

Das eigene Leben kann man nicht neu laden und von vorn starten! Das eigene Leben ist kein Ego-Shooter!

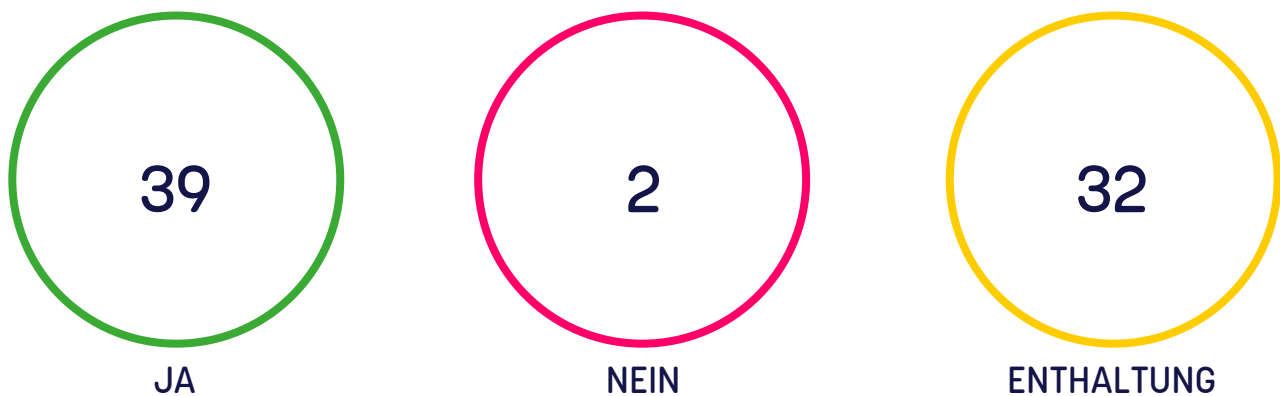
Es geht nicht um ein Verbot der Werbung für die Bundeswehr, sondern um die Sensibilisierung für die Tragweite und die möglichen Folgen für Minderjährige.

Der Kinder- und Jugendschutz muss ein Querschnittsthema sein!

Beschluss

Der Landesjugendring Thüringen e.V. fordert die Landesregierung auf, gegenüber dem Bundesministerium der Verteidigung darauf hinzuwirken, die Einhaltung des Werbekodexes in der Werbung der Bundeswehr, die auf Minderjährige ausgerichtet ist, kontinuierlich zu kontrollieren. Dabei ist darauf zu achten, dass die Werbung verantwortlich gestaltet ist und stets die Schutzinteressen der Kinder und Jugendlichen berücksichtigt werden. Positionierung wird beschlossen.

Abstimmung



Die Vertreter*innen der DGB-Jugend erklärten, dass dieser Antrag gegen die Grundsätze der DGB-Jugend verstoße. Gemäß § 15 Abs. 2 der Satzung ist diese Erklärung gleichzeitig und in der gleichen Form wie der Beschluss zu veröffentlichen. Der Erklärung schlossen sich die Vertreter*innen des BDP an.

Stellungnahme nach §10 Abs. (1)

Die DGB-Jugend Thüringen erklärt hiermit, dass sie den Beschluss "Werte und Ansprüche des Kinderschutzes bei Werbung der Bundeswehr wahren!" der 47. Vollversammlung des Landesjugendrings Thüringens nicht unterstützt und sich der Abstimmung enthält.

Das Fordern von kind- und jugendrechtlicher Bundeswehrwerbung unter dem Mantel der Schutzinteressen von Kindern und Jugendlichen ermöglicht der Bundeswehr weiterhin und vollumfänglich die gezielte Ansprache von jungen Menschen. Dies steht unseres Erachtens nach der Wahrung von Werten und Ansprüchen des Kinderschutzes entgegen.

Zudem widerspricht dieser Antrag den Leitlinien der DGB-Jugend und einem entsprechend gefassten Beschluss auf der 19. Bundesjugendkonferenz.

Die DGB-Jugend Thüringen spricht sich gegen die Militarisierung der Gesellschaft aus. Insbesondere Kinder und Jugendliche sind vor Militärinteressen zu schützen. Die DGB-Jugend Thüringen verurteilt, dass Jugendlichen das Soldaten*innen-Dasein als „ganz normaler Beruf“ vermittelt wird und die Bundeswehr in Schulen, Ausbildungsbetrieben, Hochschulen als Lehrkraft, Auszubildende und Berufsberatende auftritt. Insbesondere lehnt sie Kooperationen zwischen Bundeswehr und Kultusministerien ab. Die DGB-Jugend ruft darüber hinaus zu Aktionen gegen Werbeversuche der Bundeswehr auf.

André Sommer
Landesvorsitzender

Björn Schröter / Jessica Weber-Tänzler
Jugendbildungsreferenten